

Arbeitszeitverkürzung nicht länger aussparen

## Gewerkschaft muss Gegenmacht werden!

**Die Tarifrunden in diesem Frühjahr waren für die abhängig Beschäftigten eine Chance, nach Jahren der Nullrunden und des Reallohnabstiegs endlich mal wieder aufzuholen. Die Kampfbereitschaft war riesig. Die Gewerkschaften IG Metall und Ver.di haben Abschlüsse erzielt, die die Vorstände als Riesenerfolg feiern. Ist das wirklich so?**

In der Stahlindustrie gibt es aufs Jahr gerechnet 4,6%. Die IG Metall hat aber auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für Beschäftigte über 55 Jahren verzichtet – die Unternehmer seien dazu nicht bereit gewesen. Dabei fährt die Stahlindustrie seit Jahren mit fast 100% Auslastung, der Auftragsbestand ist nach wie vor sehr hoch.

Ursprünglich hatte die IG Metall 8% für 12 Monate gefordert. Hätte sie damit ernst gemacht und den Kampf gewagt, hätte sie auch mehr rausgeholt. Die Stahlbosse konnten keinen Streik gebrauchen. Diese Situation hätte die IG Metall ausnutzen können, um ein besseres Ergebnis durchzusetzen. Hier wurde eine Chance vertan.

Im öffentlichen Dienst forderte Ver.di nicht nur 8% mehr Lohn, sondern auch einen Festbetrag von 200 Euro. Gerade mit diesem wurde endlich mal wieder die Frage nach einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen aufgeworfen. Die öffentlichen Arbeitgeber haben Ver.di dafür

hart gescholten, Ver.di konnte aber auf die Diätenerhöhung um 9,4% für zwei Jahre verweisen, die sich die Bundestagsabgeordneten gerade genehmigt hatten – auch auf die gute Kassenlage der öffentlichen Haushalte.

Die Beteiligung an den ersten Warnstreiks war hervorragend. Allein in Nordrhein-Westfalen waren über 130 000 Beschäftigte draußen. Die gute Stimmung sorgte auch dafür, dass der undiskutable Schlichterspruch rundheraus abgelehnt wurde. Die Arbeitszeit sollte nämlich auf 39,5 Stunden in der Woche verlängert werden und die Löhne in zwei Jahren um nur 5% steigen.

Die große Tarifkommission stimmte einhellig mit Nein. Aber statt des großen Streiks, auf den nun alle warteten, gab es eine neue Verhandlungsrunde. Die Unternehmer knickten auf einmal ein, weil sie unter diesen für die Beschäftigten günstigen Bedingungen keinen Erzwingungsstreik riskieren wollten. Nach einem gut dreitägigen Verhandlungsmarathon gab es ein Ergebnis.

Beim Lohn kann sich das Ergebnis sehen lassen. Wann hat es auch zuletzt im öffentlichen Dienst schon mal eine Lohnerhöhung von 5% und mehr gegeben? Erfreulich auch der Sockelbetrag von 50 Euro.

Erhebliche Bauchschmerzen aber bereitet die vereinbarte Arbeitszeitverlängerung von 38,5 auf 39 Stunden in den Bundesländern,



die noch die kürzere Arbeitswoche hatten. Die Kolleginnen und Kollegen aus NRW, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland waren da auf sich allein gestellt. Das liegt daran, dass Ver.di keine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aufgestellt hat, die alle gemeinsam hätten tragen können. Nur so wird es aber künftig möglich sein, wieder auf eine einheitliche niedrigere Wochenarbeitszeit zu kommen. Die

Arbeitszeitverlängerung wird Arbeitsplätze vernichten, ein Teil der Lohnerhöhung (1,3%) wird darüber finanziert.

Trotz des im Lohnbereich guten Ergebnisses bleibt festzuhalten, dass Ver.di mit diesem Abschluss die Chance vertan hat, den Flickenteppich Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst grundlegend auszubessern und für die kommenden Jahre reißfest zu machen. Die Unübersichtlichkeit ist eher noch größer geworden. So gibt es jetzt in Krankenhäusern drei unterschiedliche Arbeitszeiten: 38,5 Stunden für die Pflegekräfte, 39 Stunden für Verwaltung und Servicebereiche und 41 Stunden für die Ärzte.

Besonders ärgerlich ist die Arbeitszeitverlängerung für die Beschäftigten im Einzelhandel und bei der Post. Im Einzelhandel wehren sie sich seit über einem Jahr gegen die Forderung der Unternehmer nach Streichung der Spätöffnungszuschläge, was auf eine faktische Arbeitszeitverlängerung hinausläuft.

Bei der Post hat der Vorstand einseitig die Arbeitszeit der Beamten von 38,5 auf 41 Stunden erhöht. Für die übrigen Beschäftigten werden jetzt zehn freie Tage gefordert, um die Arbeitszeitverlängerung aufzufangen und die Arbeitsplätze zu erhalten.

An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, dass bei Ver.di jeder Bereich auf sich allein gestellt ist. Eine Koordinierung der Tarifpolitik findet nicht statt. Dabei ist diese Gewerkschaft gegründet worden, um die Kräfte zu bündeln. Es scheint aber fast so, dass dies nicht gewollt ist. Spötter behaupten, aus

den ehemals fünf Gewerkschaften seien nicht eine, sondern 13 geworden. Jeder Fachbereich eine eigene Gewerkschaft.

Genau das Gegenteil ist nötig. Die Gewerkschaften müssen ihre Kräfte bündeln. Dazu bedarf es einer Koordinierung der Tarifpolitik. Wozu ist der DGB eigentlich da, wenn nicht dafür?

Dringend bedarf es aber auch einer Debatte über die künftige Positionierung der Gewerkschaften. Rennen wir auch unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus der Sozialpartnerschaft noch nach oder fangen wir endlich an, Gewerkschaftspolitik strikt an den Interessen der abhängig Beschäftigten auszurichten?

Gegenmacht bedeutet unter den heutigen Bedingungen den Bruch mit der kapitalistischen Logik:

■ Es ist nicht möglich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen und gleichzeitig die Arbeitszeit zu verlängern.

■ Es ist nicht möglich die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, sich aber an die Profite nicht ran zu trauen.

■ Es ist nicht möglich, eine solidarische Gesellschaft durchzusetzen, die Macht der Unternehmer aber nicht anzutasten.

■ Es ist nicht möglich das Klima retten zu wollen und gleichzeitig weiter zu machen wie bisher.

Gefragt ist das Engagement der gewerkschaftlichen Basis. Die Erneuerung muss von den Mitgliedern ausgehen.

Nur eine aktive und selbstbewusste Mitgliedschaft ist in der Lage, die Gewerkschaften auf einen kämpferischen Kurs zu bringen.

### Sommerschule der isl 2008

17.–20. Juli 2008 in Nienburg (Weser)

## Ökosozialismus oder Barbarei

### Kann eine ökologische Alternative zugleich sozial sein?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist unsere Zukunft in nie dagewesener Weise bedroht. Die ökologische Basis für das menschliche Leben auf dem Planeten gerät aus dem Gleichgewicht. Treibende Kraft bei dem Klimawandel ist der gnadenlose Expansionsdrang des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das auf dem Prinzip «Wachstum oder Untergang» beruht. Da die Profite ständig steigen sollen, bedroht der kapitalistische Produktivismus das ökologische Gleichgewicht.

Bei Drohung des eigenen Untergangs sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, eine Alternative zum kapitalistischen Irrsinn zu entwickeln.

Wie diese Alternative für ein Leben jenseits des Kapitalismus aussehen könnte, wird Thema des Seminars sein, das die **internationale sozialistische Linke (isl)** vom 17. bis 20. Juli veranstaltet.

#### Themen

- Ingo Schmidt wird sich mit der «Ökonomie des Wahnsinns» beschäftigen, durch die der real existierende Kapitalismus geprägt ist.
- Wolfgang Pomrehn befasst sich mit der Frage, ob und wie Industriegesellschaften auf der Grundlage von regenerativen Energien machbar sind.
- Thies Gleiss skizziert, wie Ökosozialismus, d. h. eine Gesellschaft, die geprägt ist von sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Teilhabe und ökologischer Nachhaltigkeit, aussehen könnte.

Unsere sommerliche «Schule» findet in angenehmer Umgebung statt und wird viel Gelegenheit zum Kennenlernen und für weitere Gespräche bieten.

**Ort:** Nienburg (Weser), Naturfreundehaus, Luise-Wyneken-Str. 4

Kosten insgesamt 100 Euro (Ermäßigung nach Absprache möglich)

Anmeldung und weitere Informationen: [isl@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl@die-welt-ist-keine-ware.de)

Gastkommentar von CLAUDIA HAYDT

# Afghanistan – der verlorene Krieg



CLAUDIA HAYDT

**Die NATO hat ihren Krieg um Afghanistan längst verloren, und der Widerstand nimmt kontinuierlich zu.**

Nur 30% des Landes werden von der Regierung Karzai kontrolliert, das entspricht in etwa dem Gebiet, auf das die Koalitionstruppen einen Einfluss haben. Die Taliban kontrollieren etwa 10% des Landes, die restlichen 60% sind in der Gewalt lokaler Kräfte. Diese Einschätzung präsentierte US-Geheimdienstkoordinator Mike McConnell Ende Februar bei einer Anhörung im Kongress in Washington.

Doch als Konsequenz aus dieser vernichtenden Analyse setzt man den Irrweg fort. Inzwischen sind beinahe 50 000 ISAF-Soldaten in Afghanistan stationiert. Dazu kommen noch mehrere tausend Soldaten für den sog. Antiterrorkrieg *Operation Enduring Freedom* (OEF). Nach dem Motto: «Wo Gewalt nicht hilft, da hilft mehr Gewalt», hat die NATO auf ihrem Gipfel in Bukarest jetzt beschlossen, für die Entsendung weiterer Soldaten zu sammeln.

Deutschland ist bereits mit 3500 Soldaten am ISAF-Einsatz beteiligt und kann bis zu 100 Spezialkräfte

in den OEF-Einsatz schicken. Ab Juli werden Panzergrenadiere der Lipperland-Brigade aus Augustdorf als *Quick Reaction Force* (QRF) in den Kampf geschickt. Zum ersten Mal bekommt eine deutsche ISAF-Einheit damit explizit einen Kampfauftrag – die Bundeswehr wird von der Regierung immer tiefer in die militärische Sackgasse geschickt.

Voraussichtlich am 25. oder 26. September will der Bundestag über die Verlängerung des ISAF-Mandats entscheiden. Die Obergrenze für das deutsche ISAF-Kontingent soll dabei deutlich auf 4000–6000 Soldaten erhöht werden. Das Mandat soll sich gleich um 18 oder 24 Monate verlängern, damit es im Wahljahr 2009 keine Debatte über den Militäreinsatz gibt. Denn der ist in der Bevölkerung unbeliebt. Grundsätzlich gibt es in Afghanistan keinen Unterschied mehr zwischen ISAF- und OEF-Einsatz. «Die Trennung ist nur für die Europäer da», konnte man im November letzten Jahres in der *FAZ* lesen.

Hat die NATO-Präsenz wenigstens positive Nebeneffekte für die afghanische Bevölkerung gebracht? Überwiegend nein. Eine schmale Schicht der afghanischen Bevölkerung profitiert von der Besatzung, und für die reicheren Teile der Bevölkerung hat sich das Leben in Kabul normalisiert. Für große Teile der Bevölkerung aber hat die militärische und soziale Bedrohung zugenommen.

Bedenkt man, dass die Miete eines kleinen Hauses in Kabul vor der Besatzung 50 Dollar betrug und heute 1500 Dollar, so wird klar, dass die Besatzung soziale Zerwürfnisse und existenzielle Not mit sich bringt, die die verhältnismäßig geringe «Entwicklungshil-

fe» kaum auffängt. Die zunehmende Armut führt auch zu Kinderarbeit in großem Ausmaß, für viele ist ein Schulbesuch nicht möglich.

Die Situation von Frauen hat sich außerhalb von Kabul ebenfalls nicht gebessert: «Wenn eine Frau zur Zeit des Talibanregimes auf den Markt ging und auch nur einen Streifen Haut zeigte, wurde sie ausgepeitscht – heute wird sie vergewaltigt.» Dieses bittere Fazit konnte man schon 2004 in einem Amnesty-Bericht lesen. Bis heute hat sich die Situation nicht gebessert,

Drogensucht, Prostitution und Selbstmorde von Frauen sind verbreitet in Afghanistan.

Die Lage der Menschen wird durch die Präsenz von «Sicherheitskräften» nicht sicherer, und soziale Entwicklung lässt sich mit Besatzung kaum erreichen. Für zivile Organisationen wird die Arbeit immer schwieriger, da sie als Teil des Besatzungsregimes wahrgenommen und deshalb immer häufiger angegriffen werden.

Das Militär ist nicht Teil der Lösung, es ist Teil des Problems. Erst

nach seinem Abzug wird es möglich sein, glaubwürdige und unparteiische Hilfe zu leisten, die bei den ärmsten Teilen der Bevölkerung auch ankommt.

**Am 7. und 8. Juni findet in Hannover eine internationale Friedenskonferenz für den Abzug der Truppen aus Afghanistan statt.**

*Claudia Haydt ist Mitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen.*

## ▼ Besatzungssoldaten in Afghanistan



## Nein zum EU-Vertrag

**Der EU-Vertrag, der an die Stelle der EU-Verfassung getreten ist, (sog. Vertrag von Lissabon) wird derzeit durch die Parlamente der Mitgliedstaaten gepeitscht.**

Der Vertrag enthält in allen wesentlichen Punkten und bis ins Detail dasselbe, was der Verfassungsvertrag auch aussagte. Er legt die Bevölkerungen Europas auf ein System der uneingeschränkten Konkurrenz fest, schützt die Freiheit des Unternehmertums als besonderen Wert, fordert von den Mitgliedstaaten die Bereitschaft zu militärischer Ausrüstung und setzt die zutiefst undemokratische Tradition der bisherigen europäischen Einigung fort.

Der Vertrag ist jetzt nur ein bisschen anders verpackt. Die andere Verpackung war nötig, weil die Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande im Mai/Juni 2005 die Verfassung abgelehnt hatten. Diesmal dürfen sie nicht mehr abstimmen, diesmal wird der Vertrag nur dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Nur die Iren werden am 29. Mai eine Volksabstimmung durchführen. Damit nur ja nichts schief geht, werden sie der

zeit einem Dauerbombardement der Medien ausgesetzt.

In Deutschland hat der Bundestag den Vertrag am 23. April ratifiziert – nur DIE LINKE stimmte dagegen. Der Bundesrat soll am 23. Mai abstimmen – am Tag des Grundgesetzes, damit soll dem EU-Vertrag nochmals eine besondere Weihe gegeben werden.

Attac, DFG-VK, Imi, Euromärkte u. a. haben an die Abgeordneten einen gemeinsamen Offenen Brief geschickt mit der Aufforderung, den Vertrag abzulehnen. Dies kann vielleicht ein erster Schritt zu gemeinsamen weiteren Aktionen sein. Denn auch wenn die Parlamente zugestimmt haben – und man weiß ja, kaum ein Abgeordneter hat den Vertragstext gelesen! –, wird die Unzufriedenheit mit der bestehenden Struktur der EU und ihrem neoliberalen Diktat nicht geringer.

Der französische Staatspräsident hat sich für seine Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres vorgenommen, eine neue «EU-Elite-Interventionstruppe» von 40 000 Mann auf den Weg zu bringen. Das scheint kein Alleingang zu sein, auch der Vorsitzende der EU-Rüstungsagentur, Alexan-

der Weis, hat «2008 zum Jahr der Rüstung in der EU» ausgerufen. Noch mehr hinter dem Rücken der Öffentlichkeit werden EU-Richtlinien wie die zur Einführung eines europäischen Arbeitsmarkts und zur Herabsetzung der Mindestnormen für europäisches Arbeitsrecht erstellt.

Die österreichische Linke macht derzeit vor, dass es möglich ist, auch ein fortschrittliches und linkes Nein gegen den EU-Vertrag zu artikulieren, obwohl das Thema derzeit massiv von der äußersten Rechten besetzt wird. 60 Organisationen umfasst ein Bündnis, das am 5. April in Wien 5000 Menschen zu einer landesweiten Demonstration mobilisiert hat. Und auch in Deutschland ist die Debatte über mögliche Aktionen im Zusammenhang mit den Europawahlen im Juni 2009 noch nicht erledigt.

Letzten Endes wird uns gar nichts anderes übrig bleiben, als trotz EU-Vertrag weiter für eine grundlegende Veränderung der Grundlagen des Zusammenlebens der Völker in Europa zu werben. Ein wichtiger Meilenstein dafür wird das Europäische Sozialforum in Malmö vom 18. bis 21. Spetember sein ([www.esf2008.org](http://www.esf2008.org)).

## Fünf Jahre Irakkrieg

### Abzug ist die einzige Option

Die bisherige Bilanz des Irakkriegs fällt verheerend aus.

Über eine Million Irakerinnen und Iraker sind laut Schätzungen an den Folgen von Krieg und Besatzung gestorben. Über vier Millionen, fast ein Sechstel der Bevölkerung, sind auf der Flucht. Nach den Kriegen im Kongo ist dies weltweit die größte humanitäre Katastrophe der letzten Jahrzehnte.

Den Alltag bestimmen allgegenwärtige Gewalt und eine katastrophale Versorgungslage. 70% der Bevölkerung sind von der Wasserversorgung abgeschnitten, 43% leben in absoluter Armut, 60% sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Waren vor dem Einmarsch der USA 19% der Kinder wegen Unterernährung zurückgeblieben, waren es im Juni 2007 28%. Nach wie vor verlassen mehr Iraker ihr Land als zurückkehren.

Aber auch die US-Bevölkerung bezahlt teuer für den Krieg: Fast 4000 US-Soldaten haben dabei ihr Leben gelassen, 800 Milliarden US-Dollar wurden direkt dafür ausgegeben, die Gesamtkosten werden auf über 3000 Milliarden geschätzt.

Die überwiegende Mehrheit der irakischen Bevölkerung macht die Besatzungstruppen für die Gewalt im Land verantwortlich und fordert deren sofortigen Abzug. Befürwortete anfänglich nur ein knappes Fünftel bewaffnete Angriffe auf die Besatzer, so waren es 2006 bereits zwei Drittel.

Die USA wollten und wollen sich mit diesem Krieg die Ölquellen aneignen. Sie haben dafür ein koloniales Regime eingesetzt, das eigene separatistische und islamistische Ziele verfolgt. Um sich im Land halten zu können, setzen die Besatzer weiter auf Spaltung. Der Irak droht, in Einflussbereiche unterschiedlicher Kräfte und Warlords zu zerfallen.

# Das meint die *isl* zur Krise der Finanzmärkte

**Der Internationale Währungsfonds prophezeit den Zusammenbruch des globalen kapitalistischen Finanzsystems – und wir lassen das widerstandslos über uns ergehen? Das darf nicht sein.**

Seit dem Platzen der US-amerikanischen Immobilienblase reißt die Kette der Hiobsbotschaften nicht ab. Es droht ein weltweiter Zusammenbruch, zumindest eine Rezession bei gleichzeitiger Inflation, was man früher «Stagflation» getauft hatte. Schuld sind nicht ein paar verrückt gewordene Spekulanten, ungehemmte Spekulation betreiben auch die großen Kapitalgesellschaften und Konzerne, weil die Profitaussichten im produktiven Bereich schrumpfen. Die Preise für Getreide, Grundnahrungsmittel und Energie explodieren und Trinkwasser wird knapp. Dafür ist nicht nur der Missbrauch von Nutzpflanzen für Treibstoff (siehe unten) verantwortlich, sondern auch die weltweite Finanzkrise. Millionen von Menschen in armen Ländern werden verhungern. Auch in den reichen Ländern werden viele Millionen Menschen mehr unter die Armutsschwelle sinken.

Natürlich müssen wieder feste Wechselkurse her, damit zumindest die Währungen der Spekulation entzogen werden. Natürlich brauchen wir wieder internationale Kapitalverkehrskontrollen. Diese Maßnahmen werden sich aber nicht als ausreichend erweisen, weil sie das Problem der chronischen Überproduktion und der sinkenden Profitrate nicht lösen. Wir brauchen deshalb vor allem eine Alternative zum Kapitalismus.

Das geht nicht, ohne die Frage des Eigentums und der damit verbundenen Machtverhältnisse und politischen Institutionen neu aufzurollen – und zwar hier und jetzt und so konkret wie möglich. Die «Systemfrage» zu stellen ist nicht etwas für Sonntagsreden, sondern wird mehr und mehr zu einer akuten Notwendigkeit. Zwischen den Tagesforderungen und dem Ziel einer sozialistischen Demokratie muss eine Brücke geschlagen werden.

Dafür brauchen wir Übergangsforderungen, die an den unmittelbaren Nöten und Bedürfnissen so-

wie am gegebenen Bewusstseinsstand der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und der Jugend anknüpfen und sie zur eigenständigen gemeinsamen Aktion ermutigen – ohne Rücksicht auf das «heilige» Privateigentum und die angeblich «unumgänglichen» Gesetze der Konkurrenz und des Marktes. Die Grenzen des bestehenden Systems müssen in der Praxis aufgezeigt und in Frage gestellt werden – nicht in der Theorie, nicht in Vorträgen.

Wenn großen Finanzinstituten der Bankrott droht, dann greift der Staat, greifen die Zentralbanken ein und werfen den Pleitegeiern – die jahrelang immense Profite eingefahren haben – viele Milliarden in den Rachen. Letztlich kommt der sog. «Steuerzahler» dafür auf, letztlich zahlen die Beschäftigten, Erwerbslosen und Armen die Zechen, denn öffentliche Ausgaben für soziale und andere öffentliche Belange werden dann noch mehr zusammengestrichen. Da liegt es nahe zu sagen: Was kümmern uns die Banken, sollen sie doch kaputt gehen! Das aber wäre grundfalsch.

Denn wenn Großbanken und Investmenthäuser in einer Kettenre-

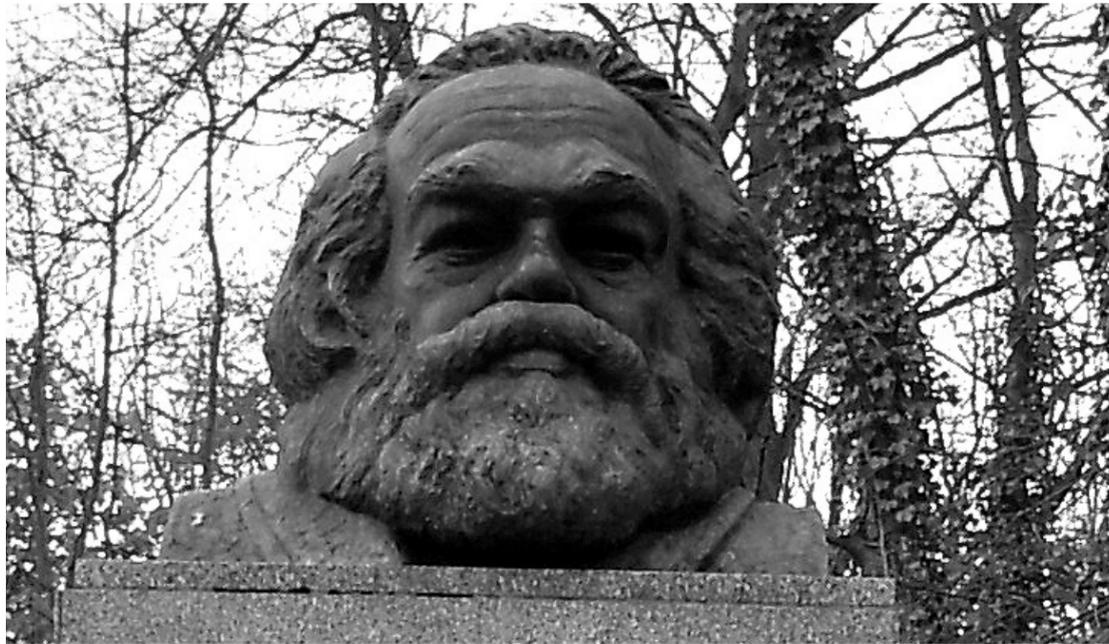
aktion zusammenbrechen, stehen wiederum Millionen Menschen auf der Straße. In Deutschland haben wir das 1929 erlebt. Zu Beginn dieses Jahrhunderts gab es ein Beispiel dafür in Argentinien. Die Banken gaben den kleinen Leuten keine Kredite mehr, die Girokonten durften nicht mehr überzogen werden, die kleinen Sparguthaben wurden eingefroren oder schlicht eingezogen, Geld wurde nicht mehr ausgezahlt. Nur die wirklich großen Kapitaleigentümer, die über große Produktionsmittel verfügen, blieben ungeschoren.

Die Krise des Finanzkapitals ist also ein gesellschaftliches Problem mit unabsehbaren Folgen vor allem für diejenigen, deren Existenz vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängt. Was aber für die ganze Gesellschaft von großer Bedeutung ist, muss auch in gesellschaftlicher Verantwortung verwaltet werden. Das Bank- und Kreditwesen wie auch die Versicherungsgesellschaften müssen unter gesellschaftliche Kontrolle. Bloße Verstaatlichung reicht da nicht aus. Dann würde nur eine kleine so genannte «Elite» von Managern und Bürokraten wieder nur unkontrol-

liert in die eigene Tasche wirtschaften.

Nicht Staatseigentum ist die Alternative, sondern genossenschaftlich organisiertes gesellschaftliches Eigentum. Als Eigentümer gelten alle diejenigen, die von der Tätigkeit des Unternehmens betroffen sind. Für sie gilt die Regel: «Eine Person, eine Stimme!» Niemand kann Millionen andere überstimmen, nur weil er über Geld verfügt, das er sich durch die Ausbeutung der Arbeit anderer angeeignet hat. Die Direktoren werden von den Belegschaften gewählt, sie sind rechenschaftspflichtig und können jederzeit abgewählt werden. Ihre Bezahlung mag höher ausfallen als die normaler Angestellter, aber höchstens um das Zwei- bis Dreifache (und nicht um das Hundertfache oder noch mehr).

Sozialistische Demokratie und demokratische Selbstverwaltung sind keine exotischen Requisiten aus den Schubladen antiquierter Denker des 19. Jahrhunderts. Sie sind der einzige Ausweg aus einer globalen Krise, die bereits begonnen hat. ★



**«Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.»**

**Karl Marx, Das Kapital**

## Der Planet in Not

Acht- oder Zehnjährige von heute wissen ganz genau, dass die Erde, die uns trägt, trinkt und nährt, unweigerlich untergeht. Nicht erst in 5 Milliarden Jahre, weil die Sonne sich zum roten Riesen aufbläht und die Erde schluckt. Nicht erst in 250 Millionen Jahren, weil alles Kohlendioxid aus der Erdatmosphäre herausgewaschen sein wird. Auch nicht erst in 2500 Jahren, weil die Erde bis dahin von irgendeinem allzu massereichen kosmischen Geschoss getroffen wird. Sondern vielmehr zu ihren Lebzeiten, in den nächsten 60–80 Jahren.

Die Klimaziele, die die Politik sich offiziell gesteckt hat, werden, obwohl sie völlig unzureichend sind, von ihr dennoch nicht erreicht. Die Treibhausgase erwärmen die Erdatmosphäre mit unabsehbaren Folgen. Immer mehr Arten sterben aus – Pflanzen, Tiere,

Mikroorganismen. Niemand weiß, ob der Punkt nicht schon überschritten ist, der das Aussterben unserer eigenen, der menschlichen Art zur Folge hat.

Jahrzehnte lang konnte man aus sozialistischer Sicht guten Gewissens behaupten, die gesamte Menschheit könne ausreichend ernährt werden, wenn die Lebensmittel nur entsprechend verteilt würden.

Die kapitalistische Produktionsweise hat es inzwischen so weit gebracht, dass die bebaubare Erde immer mehr erodiert, dass Trinkwasser, Getreide und Grundnahrungsmittel knapp geworden sind. Wo Ware und Geld herrschen wie im Kapitalismus, und solange es eine zahlungsfähige Nachfrage gibt, drückt sich das zunächst darin aus, dass die Preise steigen.

Gegenwärtig ist der Preisanstieg für Grundnahrungsmittel so spek-

takulär, dass viele Millionen Menschen in den armen Ländern deshalb sterben.

Neben der Verknappung des Angebots und den Auswirkungen der Krise der Finanzmärkte ist ein weiterer Grund dafür der Anbau von Getreide als «Biosprit», der außerdem zu immer mehr Monokulturen, zur Erschöpfung von Boden und Wasser, zur Vernichtung von Wald und Arten führt und zur Klimakatastrophe beiträgt.

Alle möglichen Experten, gerade auch die der UNO, sagen, was gemacht werden müsste. Bloß wird es nicht getan.

Man müsste die intensive Landwirtschaft aufgeben und ökologisch verantwortlich wirtschaften. Dem stehen jedoch die Interessen des Agrobusiness entgegen.

Man müsste das Recht auf Zugang zu trinkbarem Wasser, zu Grundnahrungsmitteln und über-

haupt zu einem menschenwürdigen Leben als unveräußerliches Grundrecht durchsetzen. Aber dann wäre ja nicht mehr alles käuflich – und wie soll man dann noch eine sinkende Profitrate aufhalten, wenn die Menschen «einfach so» überleben dürften, ohne zu bezahlen?

Die grundlegenden Menschenrechte sind mit dem Kapitalismus genauso unvereinbar wie ein ökologisch verantwortliches Wirtschaften. Beides muss gegen die Macht des Kapitals durchgesetzt werden.

Ihre Verwirklichung setzt eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung voraus, die nicht mehr von der Plusmacherei beherrscht wird, sondern wo die menschlichen Bedürfnisse zählen. Der Raubbau an den Naturressourcen muss endlich gestoppt werden. ★

**isl**  
internationale sozialistische linke  
**Was wir wollen**

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

*Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*

DIE LINKE vor dem Bundesparteitag

# Unser Standbein muss der gesellschaftliche Widerstand sein

Gespräch mit **Thies Gleiss** (Mitglied des Parteivorstands)



THIES GLEISS

■ Die Partei DIE LINKE scheint wahlpolitisch auf dem Vormarsch zu sein. Gibt es bald eine Mehrheit links von Union und FDP?

Die numerische Mehrheit gibt es doch schon mehrere Jahre. Die europäische Sozialdemokratie hat Mitte der 90er Jahre historisch einen absoluten Höhepunkt erlebt und führte in fast allen EU-Ländern die Regierungen. In Deutschland erzielte die SPD kurz danach im Bundestag, in den Ländern und im Bundesrat überall satte Mehrheiten mit Grünen und PDS. Diese hätte sie nutzen können für eine Alternative zum Neoliberalismus, doch sich hat sich zu einer völligen Unterwerfung unter die politischen Gebote des Kapitals entschieden.

Aus dem früheren Bekenntnis der Sozialdemokratie: «Wir würden ja gerne, aber die Gegenseite lässt nicht mehr zu», wurde das Schröder'sche «Unsere Reformen sind moderne linke Politik, wir wollen keine anderen». Da selbst kleine Verbesserungen für die Ar-

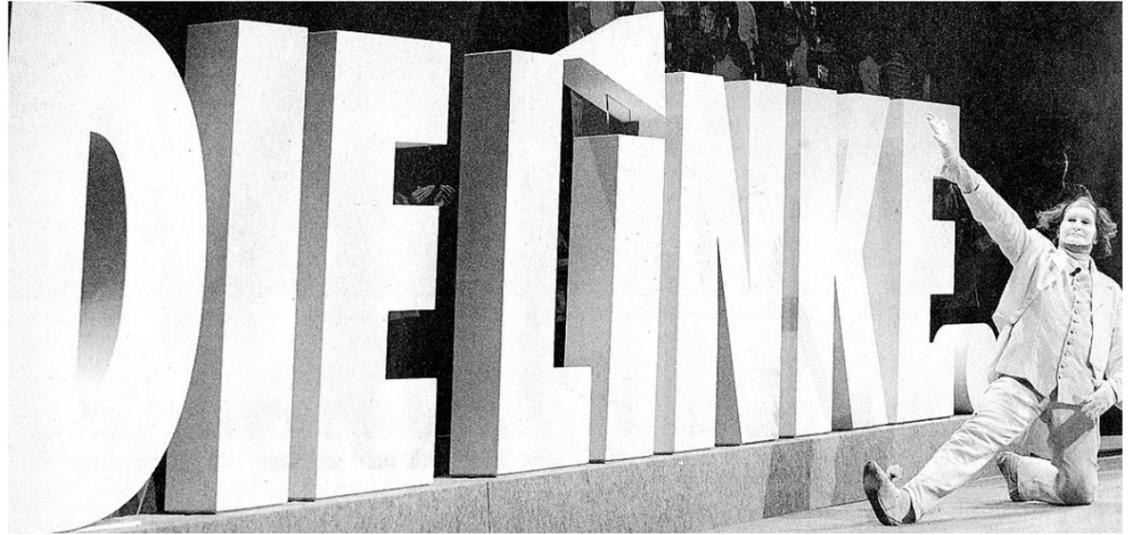
beiterklasse nur noch mit großem Kampf zu bekommen sind, hat sich die Sozialdemokratie entschlossen, darauf zu verzichten «Kampfeswillen» zu heucheln, und sich lieber komplett zum Wegbereiter neoliberaler Umverteilungspolitik zu wandeln. Den Preis zahlt sie heute dreifach: mit Mitgliederverlust, Wählerverlust und mit der Geburtshilfe für eine neue linke Massenpartei.

Deshalb gibt es heute keine Mehrheit links von der Mitte, sondern ein in allen Fragen des Widerstands gegen Lohnraub, gegen die Militarisierung der Politik und gegen den Abbau der demokratischen Rechte glasklares Kartell von vier Parteien gegen eine. Nur DIE LINKE steht noch auf der Seite der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

■ Seit der Hessen-Wahl wird die Debatte über das Verhältnis der LINKEN zu SPD und Grünen neu geführt. Hätte DIE LINKE eine Regierung Ypsilanti tolerieren sollen oder versprechen wechselnde Mehrheiten mehr Erfolg?

Darauf gibt es für mich und hoffentlich auch für die Linke und die Partei DIE LINKE nur eine Antwort: ich will regieren. Aber als 10%-Partei, und selbst als 30%-Partei in einigen Ostbundesländern, ginge das wohl nur als Diktatur oder als namen- und einflussloses Anhängsel des eben beschriebenen Kartells. Beides kann keiner ernsthaft wollen.

Bezeichnenderweise geht die



heutige Debatte ja auch nicht ums «Regieren», sondern um Regierungs«beteiligung». Aber mit wem? DIE LINKE hat als Oppositionspartei immer mehr erreicht. Die gewachsene Stärke der LINKEN muss aber klug eingesetzt werden, um vor allem die SPD unter Druck zu setzen. Dazu kann die Duldung einer SPD-Regierung, also die Wahl einer sozialdemokratischen Ministerpräsidentin gegen die Alternative von der CDU, sinnvoll sein. Allerdings ohne darüber zu verhandeln oder ein Tolerierungsabkommen abzuschließen. Denn das würde nur unweigerlich dazu führen, dass DIE LINKE sich selbst und ohne Not zur Verhandlungsmasse erklärt. Wir könnten als Minderheit im Parlament nur konkrete politische Maßnahmen

der anderen unterstützen, die unseren Zielen entsprechen.

■ Die kommenden Kommunalwahlen werden der LINKEN eine wachsende Zahl von Mandatsträgern beschern. Viele drängen jetzt danach und hegen Illusionen, was sie im Rat anrichten können. Ist dagegen ein Kraut gewachsen?

Die Vorstellung, über Wahlen mit einer Partei, die zu gut 80% von Staatsknete abhängig ist, ließen sich grundlegende Veränderungen von Politik und Gesellschaft bewerkstelligen, ist völlig unreal und naiv. Wenn die Politik der LINKEN nicht dazu beiträgt, dass dem Klassenkampf von oben durch die Unternehmer, ihre Parteien und Verbände ein Klassenkampf von unten, in den Betrieben und Stadtteilen, entgegengesetzt wird; wenn sie nicht dafür sorgt, dass es im Gebäck der Gesellschaft ordentlich knirscht und Widerstand gelebt wird, dann wird es schon mittelfristig kein Kraut gegen die Anpassung geben. Das Korrektiv ist die Mobilisierung der Millionen gegen die Millionäre.

Die Partei muss und kann sich für diese Aufgabe mehr oder weniger gut bereithalten. Deshalb ist ein steter Prozess der Selbstbeschränkung im Parlamentarismus erforderlich. Warum nicht nur zwei Amtsperioden für Abgeordnete wie bei der italienischen Linken? Warum nicht eine viel strengere Trennung von Parteiamt und Parlamentsmandat, auch auf kommunaler Ebene? Warum keine Rotation bei allen Ämtern und strenge Beschränkung der Ämterhäu-

fung? Und vor allem die Parole der niederländischen Sozialistischen Partei – «Keine Fraktion ohne Aktion» – muss täglich beherzigt werden.

■ Das kapitalistische System zeigt gegenwärtig steck tief in der Krise. Wie antwortet die Partei darauf und wie sollte sie deiner Meinung nach darauf antworten? Leider träumt die Mehrheit in der Partei von «dem» supertollen Sozialismusrezept, das alle von allein überzeugt und geräuschlos die Veränderung herbeiführt. Das wird zu einem herben Erwachen führen. DIE LINKE muss sich bewusst werden, dass die alten linkskeynesianischen Hoffnungen der SPD objektiv nicht mehr wirken. Stattdessen müssen eine konfliktorientierte Politik entfaltet und in jeder Frage breiteste Einheitsfronten mit Betroffenen und allen sozialen Bewegungen aufgebaut werden.

■ DIE LINKE steht vor ihrem 1. Bundesparteitag. Was sind die wichtigsten Debatten?

Leider konzentriert sich die Partei nicht auf die eben skizzierten Fragen und Ziele. Der Parteitag wird sich vor allem um die Neuwahlen der Parteigremien und die kommenden Parlamentswahlen drehen. Ich hätte – um es in einen Satz zu bringen – einen kleinen alternativen Vorschlag: Es soll doch bitte schon jeden Montagmorgen vor allen Betrieben, Schulen und Arbeitsämtern ein Flugblatt mit den schönsten Forderungen aus den Sonntagsreden vom Tag zuvor verteilt werden. Das wäre schon was.

## Termine

### 2. Mai - Berlin

Ausgehend von den jüngsten Wahlerfolgen der LCR in Frankreich spricht **Alain Krivine** über die Gründung einer neuen antikapitalistischen Partei und deren europäische Bedeutung. Es diskutieren u. a.: *internationale sozialistische linke (isl)*, BASG, RSB, SAV.

18 Uhr, Café Weltgeist, Dorotheenstr. 24. Veranstalter: SoZ – Sozialistische Zeitung.

### 6. Juni - Bremen

«Europäische Antikapitalistische Linke: Die Erfahrungen in Respect» (England). Es sprechen **Alan Thornett** (Respect Renewal) und **Jost Beilken** (MdB).

19.30 Uhr, Paradox, Bernhardstr. 12. Veranstalter: *internationale sozialistische linke (isl)* und AKL.

### 20./21. Juni - Köln/Düsseldorf

**Salvatore Cannavò** von Sinistra Critica spricht über das Wahldebakel der Linken in Italien. Sinistra Critica hatte sich nach dem Eintritt von Rifondazione Comunista in die Regierung Prodi vor zwei Jahren von Rifondazione getrennt und ist im April mit eigenen Listen zur Wahl angetreten.

In Köln gibt es am 20. 6. eine Abendveranstaltung, in Düsseldorf am 21. 6. ein Tagesseminar zum Thema.

**isl**  
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

**Berlin** isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de **Bielefeld** isl-bielefeld@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Bremen** isl-bremen@die-welt-ist-keine-ware.de **Dortmund** isl-dortmund@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Duisburg** isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de **Düsseldorf** isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Frankfurt am Main** isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Göttingen** isl-goettingen@die-welt-ist-keine-ware.de **Hamburg** isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Köln** isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de **München** isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Oldenburg/O.** isl-oldenburg@die-welt-ist-keine-ware.de **Ruhrgebiet** isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Schwäbisch Hall** isl-schwaebisch-hall@die-welt-ist-keine-ware.de  
**Stuttgart** isl-stuttgart@die-welt-ist-keine-ware.de

### IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der *internationalen sozialistischen linken* / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein  
Satz/Layout: Hans-Günter Mull  
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):  
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
(02 21) 9 23 11 96 · isl@die-welt-ist-keine-ware.de

**SoZ** Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de